

# Hilfe für eine Million Schüler

*Jobcenter zahlen jeweils 100 Euro*

Von Tobias Schmidt, RNZ Berlin

**Berlin.** Zum Schulstart sind mehr als eine Million Schüler auf die Jobcenter angewiesen: 1 006 163 Schulkinder haben im Februar 2018 staatliche Leistung für die Anschaffung von Schulbedarf aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten. Das waren gut 5000 mehr als ein Jahr zuvor und 46 000 mehr als im Februar 2016, als 960 000 Schülerinnen und Schüler Geld von den Jobcentern für Ranzen, Stifte, Hefte und Schulbücher bekommen hatten. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion, die unserer Berliner Redaktion vorliegt.

NRW stand bei der Zahl der Leistungsempfänger in diesem Februar mit 300 000 an der Spitze, gefolgt von Niedersachsen (117 000). Obwohl in Berlin deutlich weniger Menschen leben, bekamen dort mit 98 000 deutlich mehr Schulkinder Unterstützung als in Bayern (80 000) und Baden-Württemberg (89 000).

Die Leistung für den Schulbedarf beträgt für Kinder aus Hartz-IV-Haushalten pauschal 100 Euro jährlich. 70 Euro werden mit dem Schuljahresstart aus-

gezahlt, so auch zum Beginn des Schuljahres 2018/2019, weitere 30 Euro zum Beginn des zweiten Halbjahrs, also jeweils im Februar. Die Zahlen für den August 2018 liegen noch nicht vor.

„Insgesamt 100 Euro für den Schulbedarf pro Jahr reichen nicht aus, um die anfallenden Kosten zu decken“, sagte Linken-Politikerin Sabine Zimmermann, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ob Kleidung und Schuhe für den Sportunterricht, ein neuer Schulanzen oder der Malkasten für den Kunstunterricht – all das kostete Geld. Zimmermann forderte, den vor zehn Jahren festgelegten Pauschalbetrag anzuheben. „Schon 2008 lag der statistisch belegte Bedarf über 100 Euro. Zehn Jahre später ist der Betrag nicht um einen Cent erhöht worden. Es ist daher von einer deutlichen, verfassungswidrigen Unterdeckung auszugehen. Von gleichen Chancen für Kinder aus armen Familien könne nach derzeitiger Rechtslage „keine Rede sein“, sagte die Linken-Politikerin weiter.